

Klinikum Ingolstadt GmbH

Vergabenummer: 05-2026 Pathologiedienstleistung

Dienstleistungsvertrag

Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
§ 1 Vertragsgegenstand	4
§ 2 Innovationsklausel	6
§ 3 Vertragsbestandteile und Grundlagen.....	6
§ 4 Vertragslaufzeit und Kündigung	7
§ 5 Vergütung	7
§ 6 Preisanpassung	8
§ 7 Übergang bei Vertragsende	10
§ 8 Vertragsstrafen	10
§ 9 Mängelhaftung und Ersatzvornahme	11
§ 10 Versicherung	11
§ 11 Kündigung wegen Schlechtleistung	12
§ 12 Schlussbestimmungen.....	12
§ 13 Salvatorische Klausel.....	12

**Vertrag über die
Erbringung von
Laborpathologischen Dienstleistungen**

zwischen

Klinikum Ingolstadt GmbH

Krumenauerstraße 25

85049 Ingolstadt

– nachstehend „**Auftraggeber**“ genannt –

und

.....
.....
.....

(im Folgenden einzeln jeweils „Vertragspartei“ bzw. „Partei“ und gemeinschaftlich „Vertragsparteien“ bzw. „Parteien“ genannt)

-wird nachfolgender Vertrag mit der Nummer **05-2026 Pathologiedienstleistung** über die Erbringung von laborpathologischen Dienstleistungen geschlossen

Die Vertragsschließenden sind sich bewusst, dass der Vertrag mit Erteilung des Zuschlags im Vergabeverfahren zustande gekommen ist.

Präambel

Zweck dieses Vertrages ist die qualitativ hochwertige, wirtschaftliche und durchgehend verfügbare laborpathologische Versorgung der Klinikum Ingolstadt GmbH (nachfolgend „Auftraggeber“), durch den im Vergabeverfahren ermittelten Leistungserbringer (nachfolgend „Auftragnehmer“). Der Vertrag dient der Umsetzung der Ergebnisse des Vergabeverfahrens gemäß §§ 15 VgV in Verbindung mit §§ 97 ff. GWB und konkretisiert die Leistungs-, Qualitäts- und Kommunikationspflichten des Auftragnehmers.

Die Eignungskriterien (Anlage 6), die Leistungsbeschreibung (Anlage 2) sowie die Preisübersicht (Anlage 4) der Vergabeunterlagen sind integraler Bestandteil des Vertrags und werden als vertragliche Leistungsstandards festgelegt.

§ 1 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand dieses Vertrages sind laborpathologische Leistungen, die vom Auftragnehmer für die Klinikum Ingolstadt GmbH erbracht werden.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen des vereinbarten Leistungsumfanges (vgl. Absatz 3) insbesondere folgende Leistungen, zu erbringen:

- Durchführung von, histologischen und zytologischen Proben, einschließlich Standardfärbungen, Spezialfärbungen, immunhistochemischen Analysen sowie molekularpathologischen Verfahren wie PCR-basierten Tests, FISH-Analysen und gegebenenfalls NGS-Untersuchungen
- Erstellung von pathologischen Befunden,
- Intraoperative Schnellschnittdiagnostik,
- Beratung der Klinikärzte in pathologischen Fragestellungen,
- Regelmäßige Teilnahme an den interdisziplinären Tumorkonferenzen (nach einvernehmlicher Abstimmung ggf. auch videobasiert)
- Organisation und Durchführung der Logistik für den Probenabtransport,
- Bereitstellung von Probenbehältern und Fixierungsflüssigkeiten,
- Übermittlung relevanter klinischer Patientendaten,
- Durchführung von Obduktionen

Der Auftragsrahmen der Leistungen im Einzelnen wird durch die Anforderungen des zuständigen Arztes des Auftraggebers auf dem Anforderungsschein bestimmt.

Der Auftragnehmer überprüft bei Probeneingang die Kongruenz zwischen Auftragsliste und eingegangenen Proben und weist unverzüglich auf etwaige Ungleichheiten hin.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dass medizinisch indizierte Auftragserweiterungen nur nach Abstimmung mit dem zuständigen Arzt des Auftraggebers und anschließender Bestätigung durch diesen durchgeführt werden. Ist eine Abstimmung nicht möglich, können über den Auftragsrahmen hinausgehende Untersuchungen nur durchgeführt werden, wenn diese medizinisch unverzichtbar notwendig sind.

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vollständige pathologisch-anatomische, histologische, molekularpathologische und zytologische Betreuung der stationären und ambulanten GKV- und PKV-Patienten des Auftraggebers für die Laufzeit des Vertrages nach dem jeweils aktuellen Facharztstandard Pathologie bzw. Neuropathologie und im Rahmen der gesetzmäßigen und standesrechtlich vorgegebenen Qualitätsrichtlinien durchzuführen. Dazu gehören insbesondere die Vorgaben des Medizinproduktegesetzes und der Medizinprodukte-Betreiberverordnung, der Richtlinie zur Qualitätssicherung laboratoriumsmedizinischer Untersuchungen“ der Bundesärztekammer (RiliBÄK), die Richtlinien der Kassenärztlichen Bundesvereinigung für die Durchführung von Laboratoriumsuntersuchungen in der kassenärztlichen/ vertragsärztlichen Versorgung (nach § 75 Abs. 7 SGB V), die einschlägigen S3-Leitlinien der Deutschen Krebsgesellschaft sowie die aktuelle TNM-Klassifikation in der jeweils gültigen Fassung. Die Qualität des Auftragnehmers bestimmt sich u. a. durch eine Akkreditierung (**Anlage 6**) und die regelmäßige Teilnahme an externen und gesetzlich vorgeschriebenen Ringversuchen (RfB, Instand e.V., etc.). Die Zertifikate können auf Anforderung eingesehen werden.

Der Auftragnehmer wird diese Leistungen auf Verlangen auch für mit dem Auftraggeber i. S. d. §§ 15 ff. AktG verbundene Unternehmen sowie für Leistungserbringer aus dem Umfeld des Auftraggebers (insbesondere Belegärzte, Chefärzte in Nebentätigkeit, persönlich ermächtigte Ärzte in Nebentätigkeit) zu den wirtschaftlichen Konditionen dieses Vertrages erbringen (Vertrag zu Gunsten Dritter).

Der Auftragnehmer muss zur Abrechnung ambulanter pathologischer Leistungen im Rahmen der GKV-Versorgung berechtigt sein (nach EBM, inkl. Molekularpathologie) und über die erforderliche Zulassung nach § 95 SGB V verfügen. Kooperationen mit entsprechend zugelassenen Partnern sind zulässig (vgl. Ziffer 4 der Anlage 2).

(4) Soweit dies zur Aufrechterhaltung der Leistungserbringung notwendig (bspw. aus zeitkritischen Gründen oder wegen der Seltenheit bzw. Spezialität der Leistung), ist der Auftragnehmer berechtigt, außer den bereits gemäß Ziffer 4. der Anlage 2 angegebenen Kooperationspartnern des Auftragnehmers weitere geeignete Dritte (Nachunternehmer) einzusetzen, sofern dadurch die vertraglich geschuldeten Pflichten, insbesondere bzgl. Qualität, Sicherheit und Vertraulichkeit gewährleistet bleiben. Die Rechnungsstellung erfolgt dennoch stets durch den Auftragnehmer an den Auftraggeber. Der Einsatz eines Dritten ist dem Auftraggeber vorab anzuzeigen und darf nur für den Zeitraum erfolgen, der zur Sicherstellung der Leistungserbringung erforderlich ist. Der Auftragnehmer bleibt für das Verhalten und die Leistung des eingesetzten Dritten voll verantwortlich, als hätte er die Leistung selbst erbracht.

Der Auftraggeber hat das Recht dem Einsatz des Dritten jederzeit zu widersprechen, wenn hierfür sachgerechte Gründe – insbesondere Zweifel an der Fachkunde oder der Zuverlässigkeit des Dritten – vorliegen.

(5) Eigentum und Archivierung: Das vom Auftraggeber bereitgestellte Probenmaterial sowie die daraus hergestellten Gewebeblocke (Paraffinblöcke) und Objektträger-Präparate verbleiben im Eigentum des Auftraggebers (bzw. im Verfügungsrecht des Patienten). Der Auftragnehmer übernimmt die fachgerechte und den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Archivierung und Aufbewahrung dieser Materialien für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen. Der Auftragnehmer stellt hierbei sicher, dass der Auftraggeber während der Laufzeit dieses Vertrages auch nachträglich zusätzliche Untersuchungsaufträge erteilen kann, solange sich die Probe im Archiv des Auftragnehmers befindet.

(6) Die Kosten für die Archivierung und die spätere Herausgabe von Proben (z. B. für Konsiliaruntersuchungen oder Zweitmeinungen) sind mit der regulären Vergütung abgegolten. Diese Pflicht zur kostenfreien Archivierung, digitaler Bereitstellung von Archivdaten sowie Herausgabe von Proben besteht über das Ende dieses Vertrages hinaus fort, bis die gesetzlichen Fristen für das jeweilige Probenmaterial abgelaufen sind.

(7) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber auf Verlangen und im Rahmen des Zumutbaren Leistungsstatistiken mit vom Auftraggeber vorzugebenden Datenfeldern im CSV-Format zur Verfügung. Diese sind dann an eine vom Auftraggeber anzugebende E-Mail-Adresse zu senden.

§ 2 Innovationsklausel

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, während der gesamten Vertragslaufzeit den aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik sowie neue gesetzliche oder medizinische Richtlinien zu berücksichtigen. Ergeben sich im Laufe der Vertragslaufzeit technische Neuerungen, innovative Untersuchungsmethoden (z. B. im Bereich der digitalen Pathologie/KI-gestützten Diagnostik oder Next-Generation-Sequencing) oder verbesserte Fixierungsflüssigkeiten und Logistiksysteme, die den diagnostischen Standard erhöhen oder beschleunigen und nicht bereits von der Leistungsverpflichtung des Auftragnehmers nach diesem Vertrag erfasst sein sollten, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber diese Innovationen anzubieten.

(2) Die Einführung solcher Innovationen und deren Auswirkung auf die Vergütung werden die Parteien einvernehmlich und unter strikter Beachtung der vergaberechtlichen Grenzen für Vertragsänderungen (§ 132 GWB) schriftlich vereinbaren. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Innovationen anzunehmen, insbesondere keine, die zu einer Erhöhung der vereinbarten Preise führen.

§ 3 Vertragsbestandteile und Grundlagen

(1) Rechte und Pflichten beider Vertragsteile ergeben sich erstrangig aus diesem Vertrag und nachrangig aus den diesem Vertrag als wesentliche Bestandteile beigefügten Anlagen:

- (a) der Leistungsbeschreibung **Anlage 2**
- (b) dem Leistungsverzeichnis **Anlage 3**
- (c) dem Preisblatt **Anlage 4**
- (d) den Eigenerklärungen zur Eignung **Anlage 6**
- (e) der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (AVV) gemäß Art. 28 DSGVO **Anlage 15**

Für die Rangfolge gilt: Bei Widersprüchen gehen Abreden in diesem Vertrag im Zweifel den Anlagen vor.

§ 4 Vertragslaufzeit und Kündigung

(1) Die Laufzeit des Vertrages beginnt mit der Zuschlagserteilung, voraussichtlich im August 2026. Der reguläre Leistungsbeginn ist am 01. Oktober 2026.

(2) Die anfängliche Vertragslaufzeit (Grundlaufzeit) beträgt vier (4) Jahre (Grundlaufzeit). Der Vertrag verlängert sich nach Ablauf der Grundlaufzeit um jeweils zwei (2) weitere Jahre (einzeln jeweils Verlängerungszeitraum), jedoch höchstens zweimal, sodass die maximale Gesamtlaufzeit acht (8) Jahre beträgt (Optionszeitraum). Die Verlängerung tritt automatisch ein, sofern der Vertrag nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von sechs (6) Monaten zum Ende der Grundlaufzeit bzw. des jeweiligen Verlängerungszeitraums in Schriftform (gemäß § 126 BGB) gekündigt wird.

(3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund für den Auftraggeber liegt insbesondere vor, wenn ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB während der Vertragslaufzeit eintritt oder der Vertrag nach § 133 GWB zu kündigen ist oder in den in § 11 genannten Fällen.

(4) Der Auftraggeber übernimmt keine Mindestabnahmeverpflichtung.

(5) Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Vertrag mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende außerordentlich zu kündigen, sofern eine Fortführung des Vertrages aufgrund vergaberechtlicher Vorschriften (insbesondere der VgV oder des GWB), rechtskräftiger vergaberechtlicher Gerichtsentscheidungen oder bestandskräftiger oder sofort vollziehbarer behördlicher vergaberechtlicher Anordnungen unzulässig ist und eine Neuausschreibung der Leistungen durchgeführt werden muss. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Entschädigung, Schadensersatz oder entgangenen Gewinn wegen einer solchen vergaberechtlich bedingten vorzeitigen Vertragsbeendigung ist ausgeschlossen; bereits erbrachte und nachgewiesene Leistungen werden bis zum Kündigungszeitpunkt vertragsgemäß vergütet.

§ 5 Vergütung

(1) Es wird für alle vom Auftragnehmer für den Auftraggeber zu erbringenden Leistungen eine Vergütung gemäß dem Preisblatt (**Anlage 4**) vereinbart. Diese Vergütung

gilt nicht für Leistungen für stationäre Patienten, die ärztliche Wahlleistungen gewählt haben, sowie für Leistungen für ambulant behandelte, gesetzlich oder privat versicherte Patienten und Selbstzahler. Diese Leistungen rechnet der Auftragnehmer selbst gegenüber den Kostenträgern ab und erhält daher keine Vergütung vom Auftraggeber. Sind pathologische Leistungen in der Vergütung für Leistungen nach der Hybrid-DRG-Verordnung nach §115f SGB V oder dem Vertrag nach §115b SGB V in der jeweils gültigen Fassung mit enthalten und können daher nicht gesondert durch den Auftragnehmer abgerechnet werden, findet die Regelung in Satz 1 Anwendung.

(2) Die Parteien gehen davon aus, dass die vertragsgegenständlichen Leistungen als Dienstleistungen gemäß § 4 Nr.14 UstG von der Umsatzsteuer befreit sind. Die im Preisblatt **Anlage 4** genannten Preise verstehen sich daher als Nettopreise ohne Umsatzsteuer (= Bruttobetrag).

(3) Rechnungen sind – sofern keine abweichende prozessuale Anpassung mindestens in Textform vereinbart wird – im Format gemäß der **Anlage 17** elektronisch zu übermitteln.

(4) Die Rechnungsstellung erfolgt zum Ende eines jeden Kalendermonats (Ultimo). Die Vergütung ist innerhalb von dreißig (30) Tagen nach Rechnungszugang beim Auftraggeber zur Zahlung fällig.

(5) Sofern im Preisblatt **Anlage 4** oder im Angebot des Auftragnehmers Rabatte bzw. Skonto vereinbart wurden, werden diese direkt bei der Rechnungsstellung in Abzug gebracht.

(6) Der Auftragnehmer ist berechtigt und auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, Rechnungen als strukturierte elektronische Rechnung (E-Rechnung) im ZUG-FeRD-Format (ab Version 2.0, Profil COMFORT oder höher) oder im Format XRechnung gemäß den jeweils geltenden gesetzlichen Vorgaben elektronisch zu übermitteln. Die Übermittlung rein bildhafter PDF-Dateien ohne eingebetteten strukturierten XML-Datensatz erfüllt diese Anforderung nicht.

§ 6 Preisanpassung

(1) Die auf Basis der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) im Preisblatt **Anlage 4** vereinbarten Faktoren, Multiplikatoren oder Pauschalen gelten als Festpreise für die ersten vier (4) Vertragsjahre. Maßgeblich ist die im Unterzeichnungszeitpunkt gültige GOÄ (1996); d.h. für die ersten vier (4) Vertragsjahre bleiben Änderungen der GOÄ (Auf- und Abwertungen von Leistungen, andere Punktzahl, anderer Punktwert, anderer Gebührenrahmen etc.) unberücksichtigt. Es gilt der Grundsatz der Preisstabilität.

(2) Aufgrund der langen Vertragslaufzeit und möglicher Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder von Änderungen/Reformen der GOÄ, räumen sich die Parteien das Recht ein, nach dem vierten (4.) Vertragsjahr jeweils mit Wirkung zum Beginn des Verlängerungszeitraums Verhandlungen über eine angemessene Anpassung der Vergütungssätze für die Zukunft zu verlangen. Der Antrag auf Aufnahme von Verhandlungen muss schriftlich und mindestens drei (3) Monate vor Ablauf der Grundlaufzeit bzw. eines Verlängerungszeitraums gestellt werden.

(3) Preiserhöhungen sind pro Verhandlungsrunde auf maximal 2 Prozent des Vorniveaus begrenzt. Sie dürfen den vergaberechtlichen Rahmen des § 132 GWB nicht überschreiten und dienen ausschließlich dem Ausgleich nachweisbarer wirtschaftlicher Härten. Ausnahmen bestehen (im Rahmen des § 132 GWB), wenn gesetzliche Änderungen und Vorgaben eine Erhöhung um mehr als 2 Prozent erfordern.

(4) Als objektiver Maßstab und Verhandlungsgrundlage für eine solche Anpassung dienen insbesondere:

a) die nachweisbare Entwicklung der Personalkosten des Auftragnehmers (z. B. durch Tarifabschlüsse im Bereich des medizinischen Fachpersonals),

b) signifikante, unvorhersehbare Erhöhungen der Sach- und Logistikkosten,

c) eine etwaige gesetzliche Neuregelung oder Reform der GOÄ (Bundeseinheitlicher Punktwert).

d) die Entwicklung eines vom Statistischen Bundesamt (Wiesbaden) veröffentlichten geeigneten Preisindex, insbesondere des Erzeugerpreisindex für gewerbliche Produkte (Inlandsabsatz), als objektiver Indikator für allgemeine Kostenveränderungen.

(5) Führen die Verhandlungen innerhalb von sechs (6) Wochen nach mindestens in Textform erfolgter Antragstellung nicht zu einer einvernehmlichen schriftlichen Einigung, gilt Folgendes:

a) Die bisherigen Preise bleiben zunächst unverändert gültig.

b) Jede Partei ist berechtigt, den Vertrag mit einer Sonderkündigungsfrist von sechs (6) Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres schriftlich zu kündigen, um dem Auftraggeber eine Neuausschreibung zu ermöglichen.

(6) Sollte eine etwaige Reform der GOÄ dazu führen, dass sich die Vergütung des Auftragnehmers für die letzten zwölf Kalendermonate vor Inkrafttreten der GOÄ-Reform (unterstellt die GOÄ-Reform hätte auf diese zwölf Kalendermonate schon Anwendung gefunden) um mehr als 5 Prozent erhöht, kann der Auftragnehmer schriftlich eine Anpassung der Vergütung entsprechend der reformierten GOÄ mit Wirkung ab dem nächsten 1. Januar des auf das Inkrafttreten der GOÄ-Reform folgenden Kalenderjahres, frühestens jedoch mit Wirkung ab dem Beginn des fünften (5.) Vertragsjahres, verlangen.

Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, den Vertrag innerhalb von drei Monaten ab Zugang des entsprechenden Verlangens des Auftragnehmers beim Auftraggeber mit einer Sonderkündigungsfrist von sechs (6) Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres schriftlich zu kündigen, um dem Auftraggeber eine Neuausschreibung zu ermöglichen. Macht der Auftraggeber von diesem Sonderkündigungsrecht keinen Gebrauch, erhöht sich die Vergütung entsprechend dem vorstehenden Unterabsatz.

§ 7 Übergang bei Vertragsende

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nach Beendigung des Vertrages sämtliche zur Fortführung der Leistungen erforderlichen Informationen, Unterlagen, Dokumentationen, Daten, Zugangsdaten, Systemeinstellungen sowie sonstige projektrelevante Materialien vollständig, richtig, aktuell und in einem allgemein gebräuchlichen Format an das vom Auftraggeber benannte Nachfolgeunternehmen zu übergeben. Die Archivierungspflicht des Auftragnehmes nach § 1 Abs. 5 bleibt hiervon unberührt, es sei denn der Auftraggeber verlangt die Herausgabe.

(2) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber und das Nachfolgeunternehmen während der Übergangsphase, d.h. bis zur vollständigen Übergabe an das Nachfolgeunternehmen, in angemessenem Umfang aktiv zu unterstützen. Dies umfasst insbesondere technische, organisatorische und fachliche Mitwirkungshandlungen, die erforderlich sind, um einen unterbrechungsfreien Übergang sicherzustellen.

(3) Die Übergabe hat unverzüglich nach Vertragsende zu beginnen und innerhalb einer vom Auftraggeber festzulegenden angemessenen Frist vollständig abgeschlossen zu sein. Der Auftragnehmer hat einen detaillierten Übergabeplan vorzulegen, sofern der Auftraggeber dies verlangt.

(4) Der Auftragnehmer hat sämtliche im Rahmen der Vertragserfüllung erstellten oder erhaltenen Daten, Arbeitsergebnisse, Dokumentationen und sonstigen Materialien herauszugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht ist ausgeschlossen, soweit nicht zwingendes Recht entgegensteht. Die Archivierungspflicht des Auftragnehmes nach § 1 Abs. 5 bleibt hiervon unberührt, es sei denn der Auftraggeber verlangt die Herausgabe.

(5) Bis zur vollständigen Übergabe an das Nachfolgeunternehmen bleibt der Auftragnehmer zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung nach Maßgabe dieses Vertrages verpflichtet; dies gilt in jedem Falle einer Kündigung, also sowohl bei ordentlicher Kündigung als auch bei außerordentlicher Kündigung als auch bei einer Kündigung aufgrund eines Sonderkündigungsrechts. Betriebsunterbrechungen oder Qualitätseinbußen während der Übergangsphase sind zu vermeiden.

(6) Der Auftragnehmer haftet für sämtliche Schäden, die dem Auftraggeber durch eine vom Auftragnehmer zu vertretende verspätete, unvollständige oder mangelhafte Übergabe entstehen.

§ 8 Vertragsstrafen

(1) Kommt es während der Leistungserbringung zu vom Auftragnehmer zu vertretenden Verstößen gegen die vereinbarten Befundlaufzeiten [Turnaround-Time], steht dem Auftraggeber für jeden Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von 100,00 € zu.

Die Befundlaufzeiten sind in **Anlage 3** aufgeführt. Als Befundlaufzeit gilt der Zeitraum vom vertraglich vereinbarten Probenauskang beim Auftraggeber an der jeweiligen Übergabestelle bis Ergebniseingang beim Auftraggeber. Ergebniseingang meint dabei

den Eingang des endgültigen, technisch und medizinisch validierten Befundes. Maßgeblich für die Bewertung der Einhaltung der Befundlaufzeiten sind die vom Auftraggeber ermittelten Werte, wobei dem Auftragnehmer der Nachweis der Unrichtigkeit vorbehalten bleibt. Sobald dies aufgrund der Schnittstellen zwischen den Parteien technisch möglich ist, werden zur Ermittlung der Befundlaufzeit folgende Zeitstempel dokumentiert: Probenausgang beim Auftraggeber, Probeingang beim Auftragnehmer, Ergebnisausgang beim Auftragnehmer und Ergebniseingang beim Auftraggeber (Zeitstempel im HL7-Protokoll).

Der Auftraggeber ist berechtigt, verwirkte Vertragsstrafen nach von der fälligen Vergütung gemäß § 5 abzuziehen.

(2) Die Geltendmachung eines weitergehenden Schadensersatzes bleibt dem Auftraggeber vorbehalten. Eine verwirkte Vertragsstrafe ist jedoch auf einen solchen Schadensersatzanspruch anzurechnen. Der Auftraggeber kann die Rechte aus einer verwirkten Vertragsstrafe geltend machen, ohne dass es eines Vorbehalts bei der Annahme der Leistung bedarf (Abweichung von § 341 Abs. 3 BGB).

§ 9 Mängelhaftung und Ersatzvornahme

(1) Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für sämtliche Schäden, die aus der vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung von Vertragspflichten resultieren.

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber im Rahmen und im Umfang des ihm zurechenbaren Verschuldens von Ansprüchen Dritter frei und erstattet dem Auftraggeber im Innenverhältnis alle in diesem Zusammenhang entstehenden Aufwendungen.

(2) Bei Gefahr im Verzug, bei akutem Ausfall von medizinisch kritischen Prozessen (z. B. Schnellschnittdiagnostik) oder wenn der Auftragnehmer eine vom Auftraggeber gesetzte angemessene Frist zur ordnungsgemäßen Erfüllung oder Nachbesserung fruchtlos verstreichen lässt, ist der Auftraggeber berechtigt, die geschuldeten Leistungen auf Kosten des Auftragnehmers selbst durchzuführen oder durch einen Dritten durchführen zu lassen (Ersatzvornahme). § 8 bleibt unberührt.

(3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle durch die Ersatzvornahme entstehenden Mehrkosten (z. B. höhere Tarife des Notfall-Dienstleisters sowie den internen Mehraufwand) unverzüglich zu erstatten.

§ 10 Versicherung

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, während der gesamten Vertragslaufzeit eine Berufshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen zu unterhalten:

für Personenschäden: mindestens 5.000.000 EURO

für Sach- und Vermögensschäden: mindestens 3.000.000 EURO

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber das Bestehen des Versicherungsschutzes zum regulären Leistungsbeginn sowie später auf Verlangen durch Vorlage einer Versicherungsbestätigung nachzuweisen.

§ 11 Kündigung wegen Schlechtleistung

Ein wichtiger Grund zur außerordentlichen Kündigung durch den Auftraggeber gemäß § 4 Abs. 3 liegt insbesondere vor, wenn:

- a) der Auftragnehmer die Betriebsbereitschaft einschließlich der IT-Schnittstellen bis zum 01. Oktober 2026 auch nach Ablauf einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Nachfrist nicht hergestellt hat, bzw.
- b) der Auftragnehmer wiederholt oder nachhaltig gegen die datenschutzrechtlichen Vorgaben (DSGVO / Krankenhausdatenschutz) verstößt, bzw.
- c) durch der Auftragnehmer in schwerwiegender Weise oder nachhaltig gegen wesentliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag verstößt und der Vertragsverstoß trotz Mahnung mit angemessener Nachfristsetzung fortgesetzt wird oder eine Mahnung bzw. Nachfristsetzung unzumutbar ist.

§ 12 Schlussbestimmungen

- (1) Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis ist Ingolstadt
- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für diese Schriftformklausel.
- (3) Nebenabreden bestehen nicht.
- (4) Dieser Vertrag begründet keine Rechte Dritter, soweit dies nicht ausdrücklich als Vertrag zu Gunsten Dritter anders geregelt ist.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle Angelegenheiten, von denen er durch seiner Tätigkeit im Rahmen dieses Vertrages Kenntnis erhält, insbesondere ihm zur Kenntnis gelangte geschäftliche Angelegenheiten des Auftraggebers sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, während dem bestehenden und nach beendetem Vertragsverhältnis Stillschweigen zu bewahren, sie vertraulich zu behandeln und abgesehen von etwaigen gesetzlichen Offenbarungspflichten und allgemein bekannten Angelegenheiten, Dritten nicht mitzuteilen.

§ 13 Salvatorische Klausel

- (1) Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam, undurchführbar oder lückenhaft sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt; dies gilt insbesondere für den Fall, dass eine Bestimmung entgegen dem ausdrücklichen Willen der

Parteien gegen datenschutzrechtliche Vorschriften verstoßen sollte. Es ist den Parteien bekannt, dass nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs eine salvatorische Klausel lediglich zu einer Beweislastumkehr führt. Es ist jedoch die ausdrückliche Absicht der Parteien, die Gültigkeit der verbleibenden Bestimmungen in jedem Fall zu erhalten und demgemäß die Anwendbarkeit von § 139 BGB insgesamt auszuschließen. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke vereinbaren die Parteien bereits jetzt rückwirkend eine rechtlich zulässige Regelung, die dem wirtschaftlichen Zweck der ursprünglichen Bestimmung bzw. dem hypothetischen Willen der Vertragsparteien am nächsten kommt.

(2) Die Parteien stellen klar, dass wesentliche Vertragsänderungen, die aus der Ersetzung unwirksamer Klauseln oder der Schließung von Regelungslücken resultieren, stets unter dem Vorbehalt der vergaberechtlichen Zulässigkeit gemäß § 132 GWB stehen. Führt die Ersetzung oder Lückenfüllung zu einer wesentlichen und vergaberechtlich unzulässigen Änderung des Vertragsgefüges, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages mit einer Frist von drei (3) Monaten zum Monatsende berechtigt.

Ort, Datum

Unterschrift Auftragnehmer

Ingolstadt, den _____

Jochen Bocklet
Geschäftsführer

Dr. Andreas Tiete
Geschäftsführer

Unterschriften Auftraggeber/Klinikum Ingolstadt GmbH